

Tagung des FB IuG der GI e.V.

„Kontrolle durch Transparenz – Transparenz durch
Kontrolle“

Workshop 4:

Von der Payback- zur Job-Card

- Datenschutz, ein Auslaufmodell? -

Frank Pallas

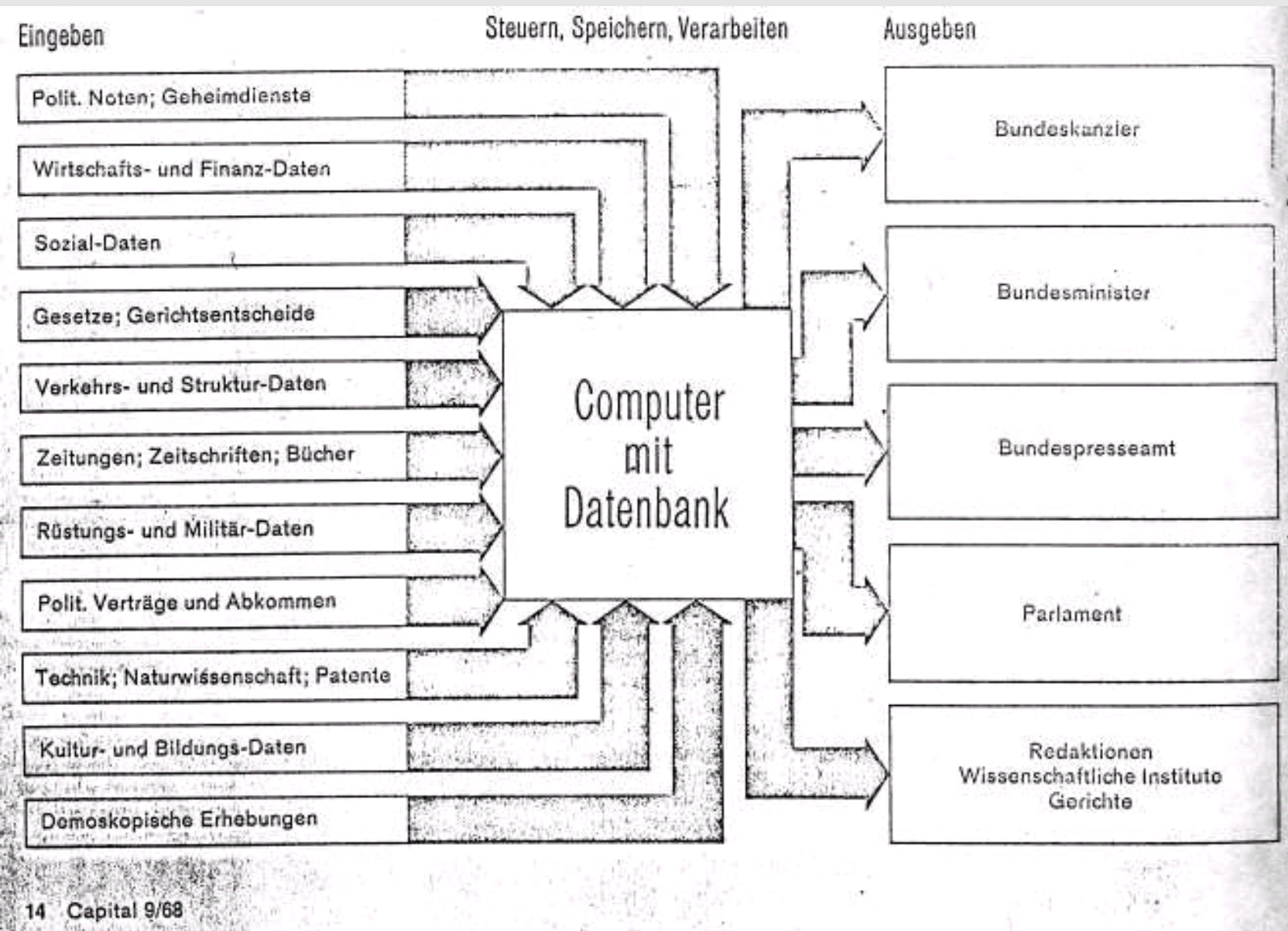
Technische Universität Berlin

Berlin-Adlershof, 28. April 2007

Motivation

**Datenschutz:
Ein klassisches IuG-Thema...**

1968: „Bundesdatenbanknetz“



1968: „Bundesdatenbanknetz“

- Einführung von Datenbanken für alle staatlich gesammelten Daten
- Einführung von Personenkennzeichen (PKZ) für jeden Bürger
- (nach Meinung des BMI) Kein Missbrauch möglich, weil Daten nicht öffentlich zugänglich sind.
- Bundestag und -rat wurden nicht in Überlegungen einbezogen.
- Pläne werden jedoch nach heftigen Diskussionen wieder fallengelassen

1982/1983: Volkszählung

		erwerbstätig ¹⁾	über 36 Std. ²⁾ in der Woche (Vollzeit)	von 15 bis zu 36 Std. ²⁾ in der Woche (Teilzeit)	erwerbslos	erwerbsuchend	Hausfrau	Schüler, Student								
FÜR ERWERBSTÄTIGE	7 Welche Person ist <small>Mehrfache Antworten je Person möglich!</small>	¹⁾ Auch Landwirt, mithelfender Familienangeh., Auszubildender, Soldat, Zivildienstleistender ²⁾ Maßgebend ist die normalerweise in der Woche geleistete Arbeitszeit													Bei * bitte Erläuterungen auf dem Einlegeblatt beachten!	
	8 Überwiegender Lebensunterhalt jeder Person	Erwerbs-, Berufstätigkeit														
		Arbeitslosgeld, -hilfe														
		eigene Rente, Pension														
		Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.														
		eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Anteil														
		sonstige Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)														
		9 Zur Zeit tätig als	Facharbeiter, Geselle, Vorarbeiter													
		sonstiger Arbeiter														
		Angestellter														
	Auszubildender (Lehrling)	gewerblich														
		kaufm./techn.														
	Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstleistender															
	Selbständiger	ohne bezahlte Beschäftigte														
		mit bezahlten Beschäftigten														
	mithelfender Familienangehöriger															
	10 Falls noch eine weitere Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, handelt es sich um eine	landwirtschaftliche Tätigkeit														
		sonstige Erwerbstätigkeit														
FÜR PERSONEN mit Schulabschluss	11 Allgemeiner Schulabschluss	Volksschule, Hauptschule														
		Realschule oder gleichw. Abschluß (z.B. Mittlere Reife, Fachschulreife)														
		Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife														
	12 Abschluß an einer berufsbildenden Schule/Hochschule	Berufsschule														
		Berufsfachschule (z. B. Handels-, Verwaltungsschule)														
		Fachschule														
		Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)														
		Hochschule (einschl. Lehrausbildung)														

Das Volkszählungsurteil

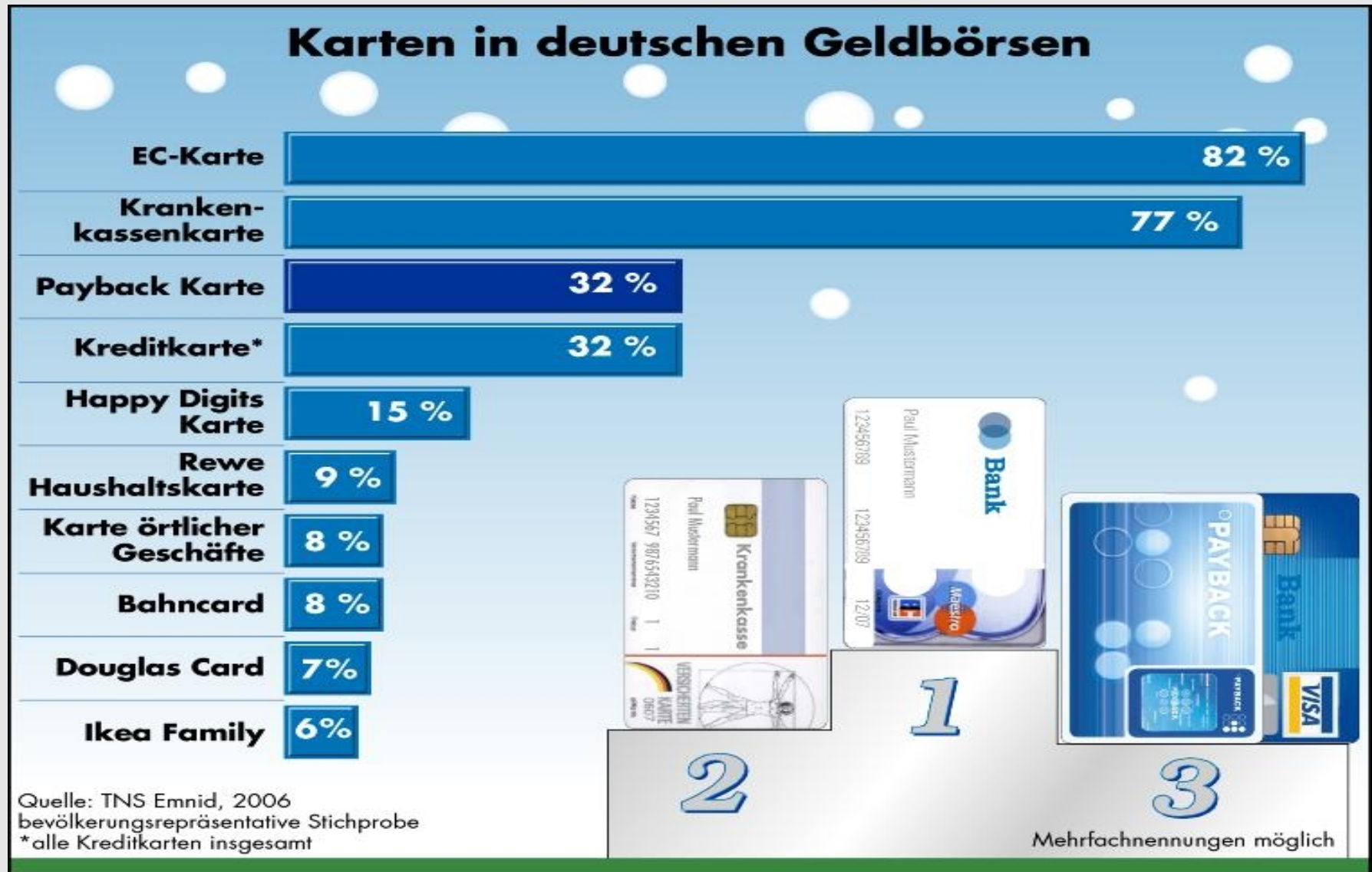
- Abgleich mit Melderegistern wird abgelehnt
- „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ wird (abgeleitetes) Grundrecht
- Einschränkungen sind möglich, erfordern aber
 - Normenklarheit
 - Verhältnismäßigkeit
 - Zweckbindung
 - organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen
- Missbrauchsmodell ist damit überholt

Motivation

Datenschutz – Ein klassisches IuG-Thema...

- Für lange Zeit: *„Schutz“ der Bürger vor „dem Staat“*
 - „Bundesdatenbanknetz“ (1968)
 - Volkszählung (1982/1983)
- Verschiebung: *„Schutz“ der Kunden vor „Sammelwut der Privaten“*
 - Google, DoubleClick, ...
 - Payback, Happy Digits, ...
 - RFID (Metro)
 - Kreditscoring
 - ...

Bedeutung des Datenschutzes



Datenschutz aktuell

Heise News am 26.04.2007 (Auszüge):

- „Schäuble stoppt Online-Durchsuchungen vorerst“
- „Online-Zugriff auf Passbilder beschlossene Sache“
- „Datenschützer: Videoüberwachung in Bayern wird neu geregelt“
- „Geplante Abhörbefugnisse des Zolls auf dem Expertenprüfstand“
- „Bundesnetzagentur veröffentlicht Jahresstatistik zur Telefonüberwachung“
- „Elektronische Gesundheitskarte in der Organspende-Diskussion“

Motivation

Datenschutz – Ein klassisches IuG-Thema...

- Für lange Zeit: *„Schutz“ der Bürger vor „dem Staat“*
- Verschiebung: *„Schutz“ der Kunden vor „Sammelwut der Privaten“*
- Mittlerweile: *„Der Staat“ rückt wieder in den Vordergrund*
 - RFID-Pässe
 - „Bundestrojaner“
 - Online-Zugriff auf Fingerabdrücke
 - ...

Motivation

Sozialleistungen Staatliche Hilfe nur noch gegen digitale Unterschrift

Von Andreas Mihm



06. Dezember 2006

Millionen Bürger, die eine staatliche Sozialleistung beziehen, müssen dafür sich künftig eine neue Karte mit einer elektronischen

Unterschrift besorgen. Die Regelung soll nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für alle Staatsleistungen gelten, die vom Arbeitseinkommen abhängen.

Agenda

<Einführung>

Jochen Puth-Weißenfels (BMW):

Der 'Elektronische Einkommensnachweis' (JobCard) – Ansätze zur Anwendung neuer Technologien im Verhältnis Bürger und Staat

Harald Flex (ITSG):

Gesicherter Zugriff auf schützenswerte Daten durch den Einsatz von Signaturkarten am Beispiel des Projektes JobCard

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Agenda

<Einführung>

Jochen Puth-Weißenfels (BMW):

Der 'Elektronische Einkommensnachweis' (JobCard) – Ansätze zur Anwendung neuer Technologien im Verhältnis Bürger und Staat

~~Harald Flex (ITSG):~~

~~*Gesicherter Zugriff auf schützenswerte Daten durch den Einsatz von Signaturkarten am Beispiel des Projektes JobCard*~~

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Agenda

<Einführung>

~~Jochem Puth-Weißenfels (BMW):~~

~~*Der 'Elektronische Einkommensnachweis' (JobCard) – Ansätze zur Anwendung neuer Technologien im Verhältnis Bürger und Staat*~~

~~Harald Flex (ITSG):~~

~~*Gesicherter Zugriff auf schützenswerte Daten durch den Einsatz von Signaturkarten am Beispiel des Projektes JobCard*~~

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Agenda

<Einführung>

Frank Pallas (TU Berlin)

Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA) und JobCard – Eine Einführung

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Tagung des FB IuG der GI e.V.

„Kontrolle durch Transparenz – Transparenz durch
Kontrolle“

Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA) und JobCard

– Eine Einführung –

Frank Pallas

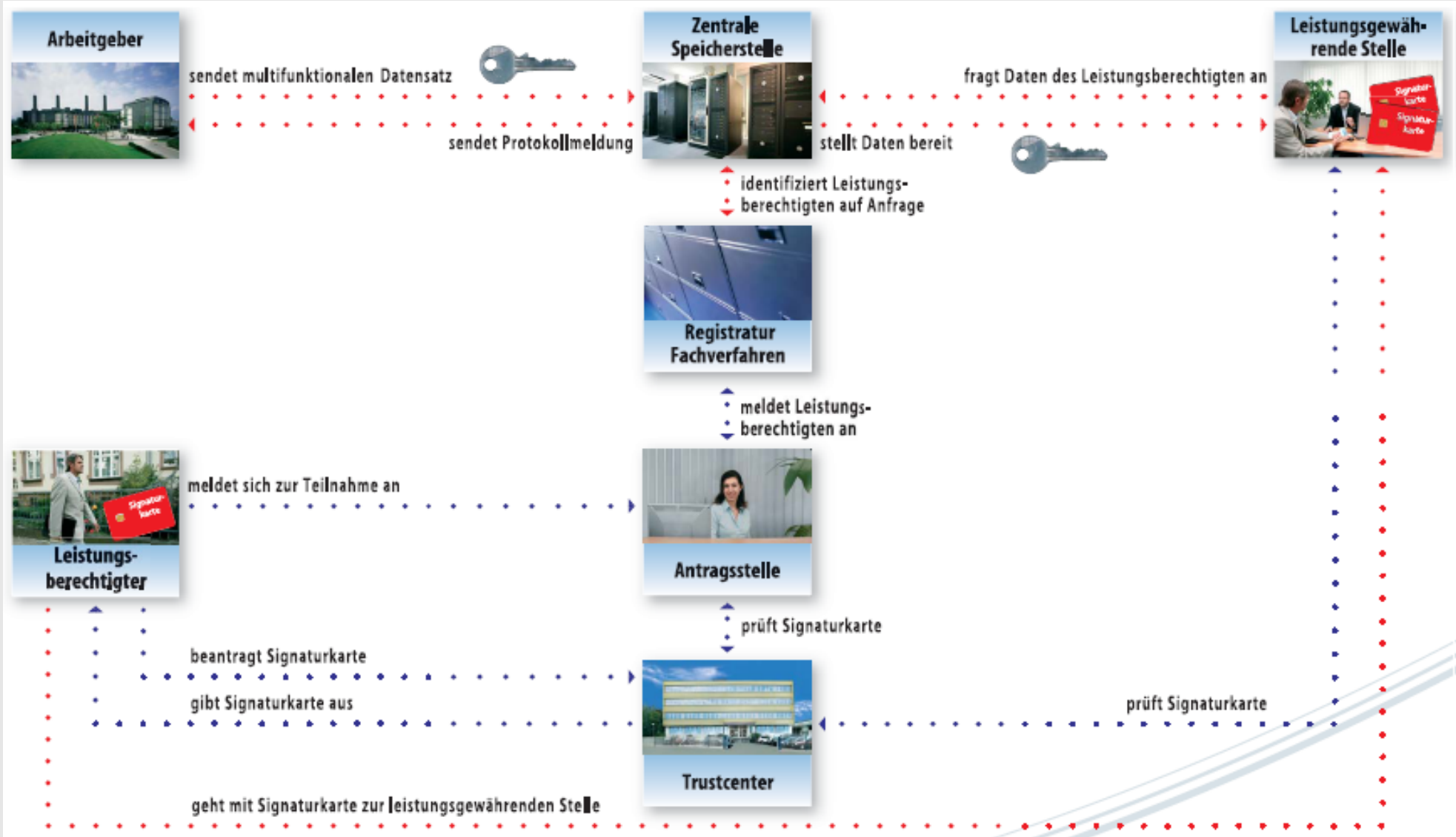
Technische Universität Berlin

Berlin-Adlershof, 28. April 2007

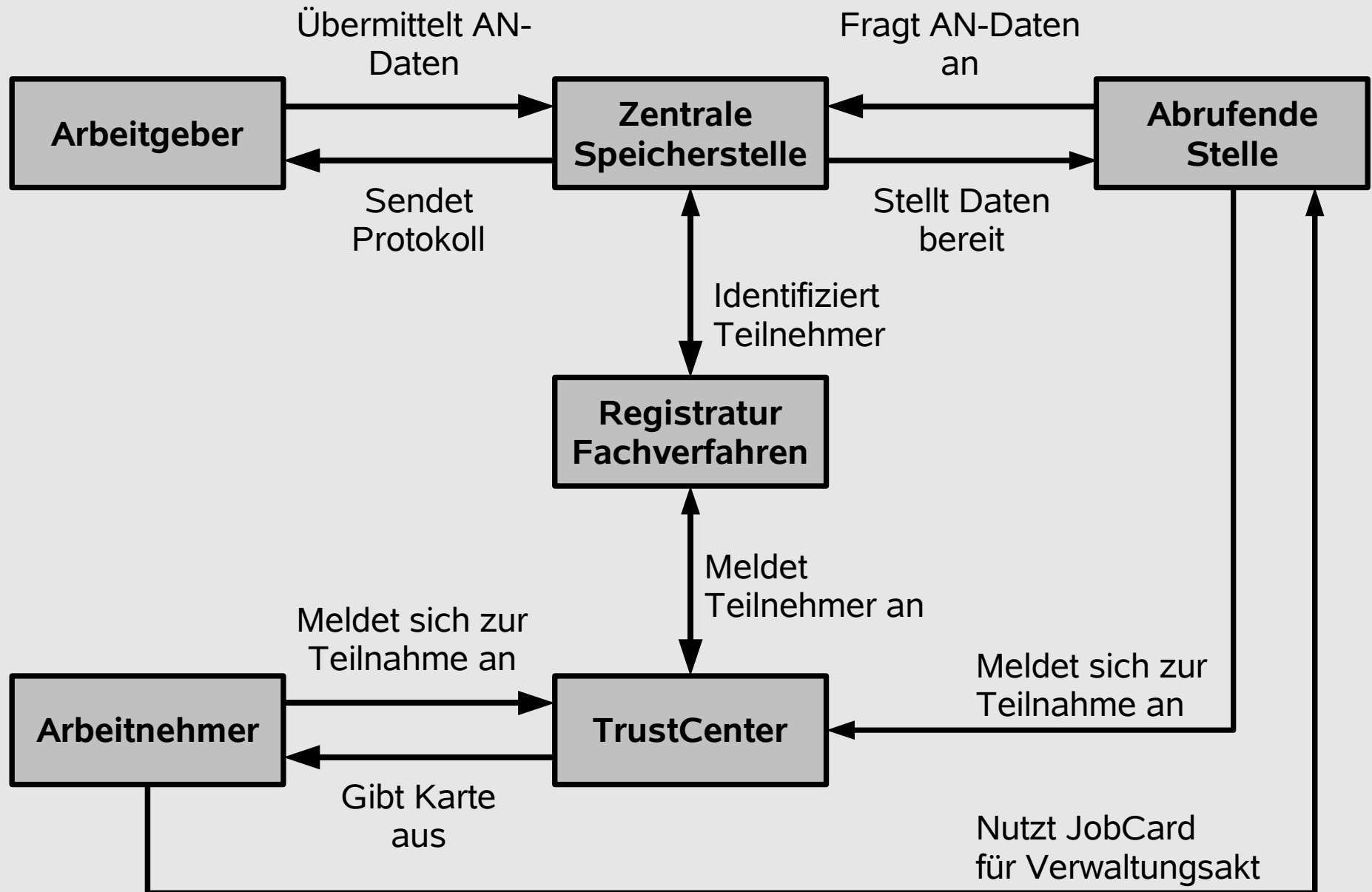
JobCard-Verfahren: Historie

- Ursprung: Hartz-Papiere (2002):
Einführung einer "Signaturkarte für den Abruf von Verdienst- und Arbeitsbescheinigungen"
- Primäres Ziel: Kostensenkung
„[...] Signaturkarte wird zu einer erheblichen Kostensenkung im Bereich der Verwaltung und der Unternehmen führen“
- Weiteres Ziel: Etablieren von Signaturkarten
- Ab 2002:
Pilotprojekt durch ITSG (Informationstechnische Servicestelle der Gesetzlichen KV GmbH)

JobCard-Verfahren: Architektur



JobCard-Verfahren: Architektur



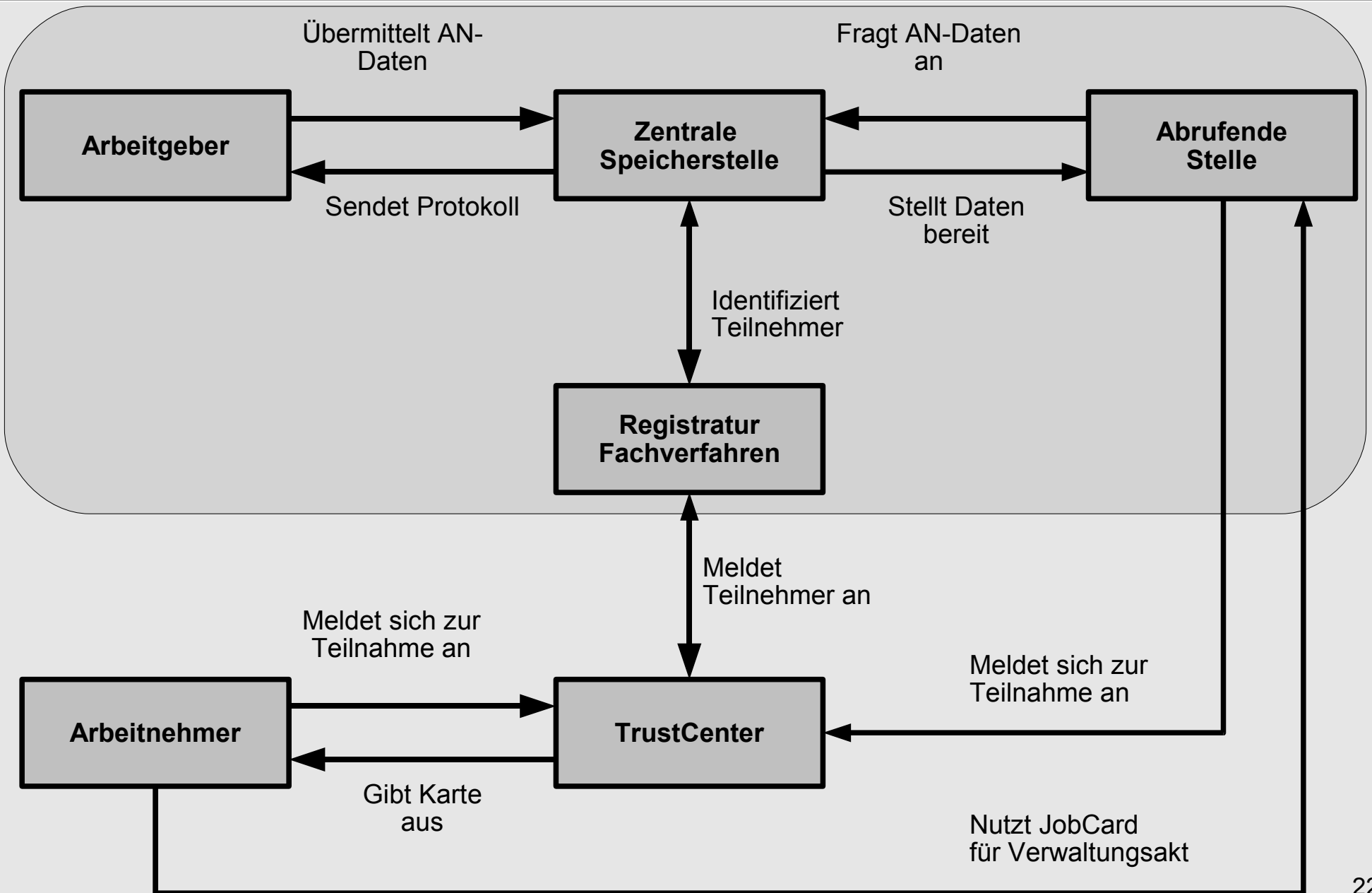
JobCard-Verfahren: Architektur

- Entscheidende Gestaltungsmerkmale:
 - *Zentrale Speicherung von Arbeits- und Verdienstdaten*
 - *Wichtig: Einkommensnachw. \neq Gehaltsabrechnung!*
 - *Nutzung in unterschiedlichen Kontexten*
- Job-„Karte“
 - *Keine spezielle Karte, Nutzung „üblicher“ Signaturkarten*
 - *Elektronische Gesundheitskarte, Digitaler PA, ...?*

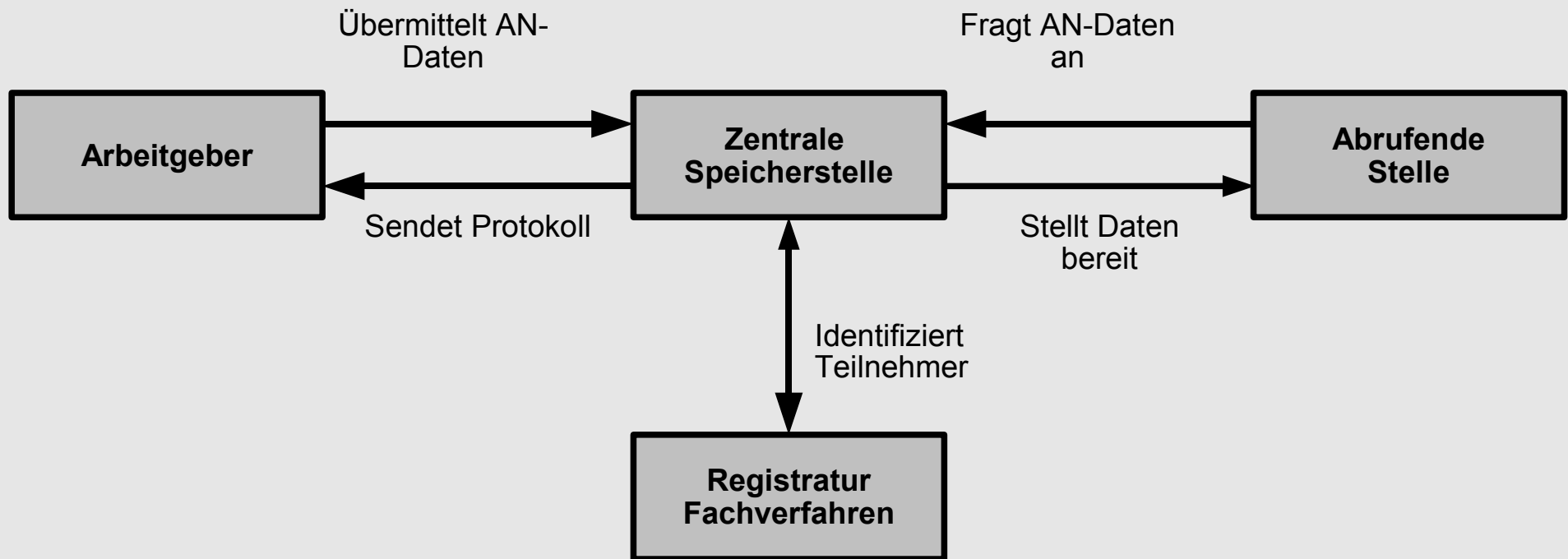
JobCard-Verfahren: Historie II

- Seit Ende 2006:
 - Umbenennung in „Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA)“
 - Referentenentwurf aus BMWi verfügbar
- Reaktionen
 - Deutscher Landkreistag bezweifelt Einsparungen
 - BMA: Sozialhilfeempfänger sollen Kosten für Karte nicht tragen
 - BMI: „Datenschutzrechtliche Bedenken“ (Handelsblatt)

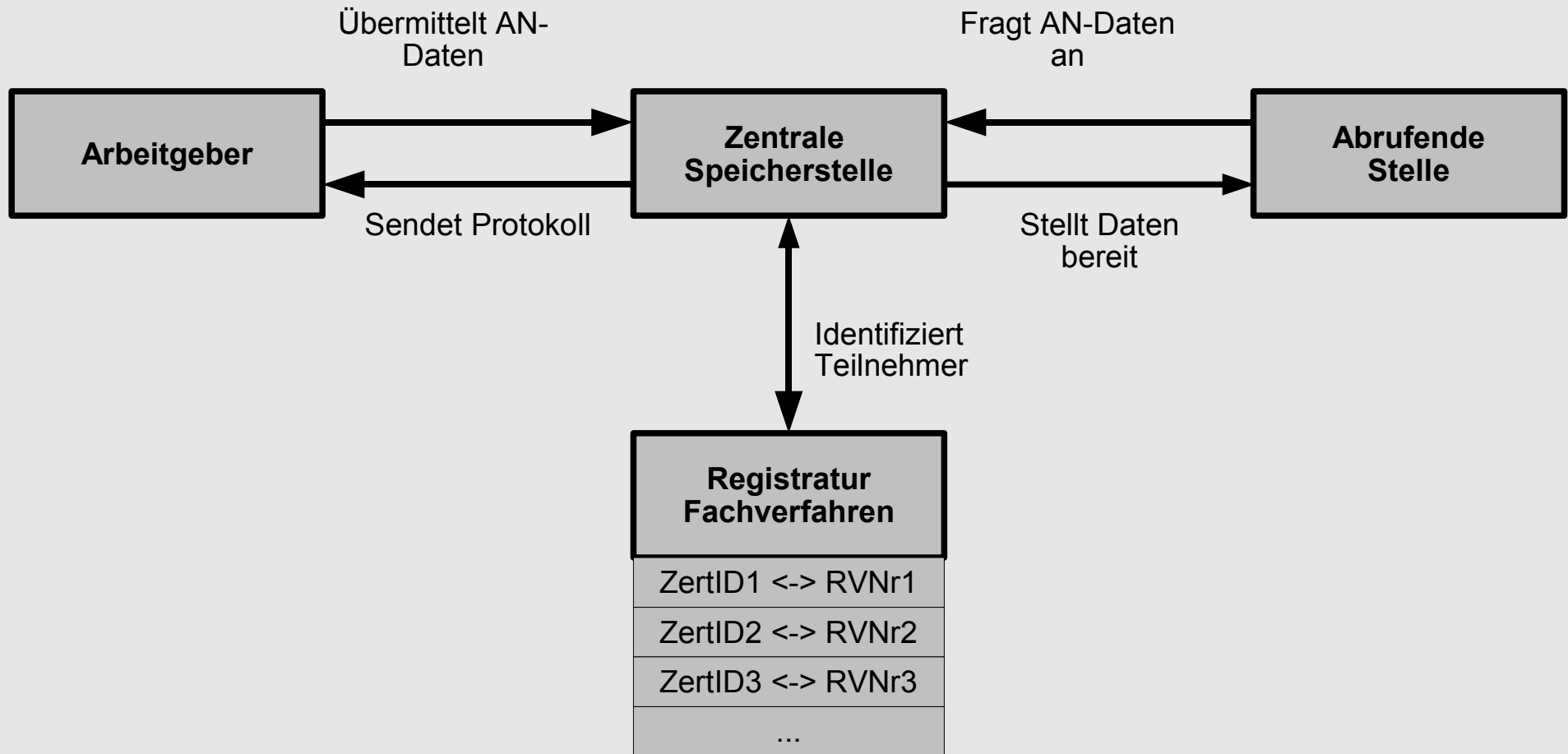
Das ELENA-Verfahren – detaillierter



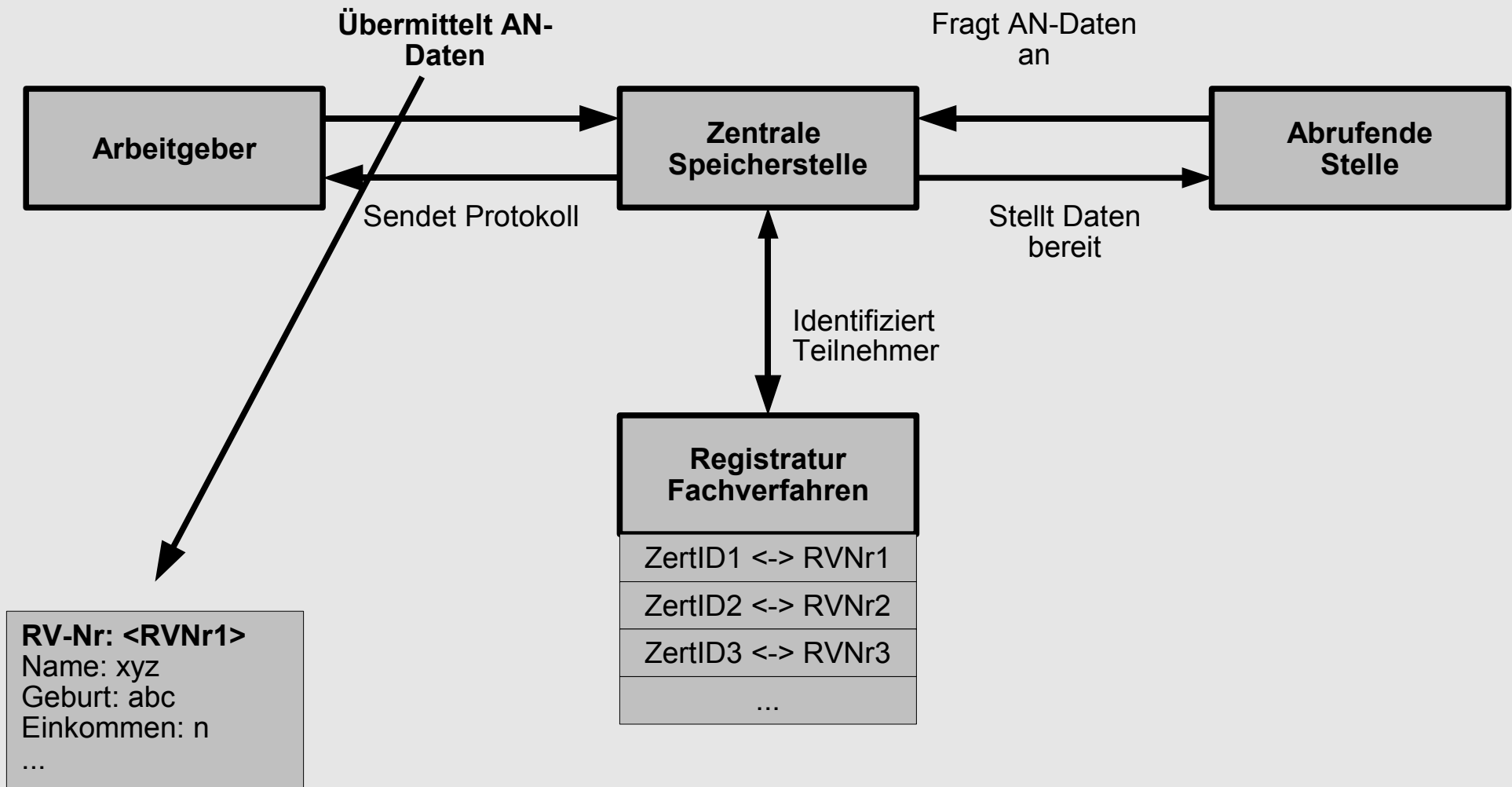
Das ELENA-Verfahren – detaillierter



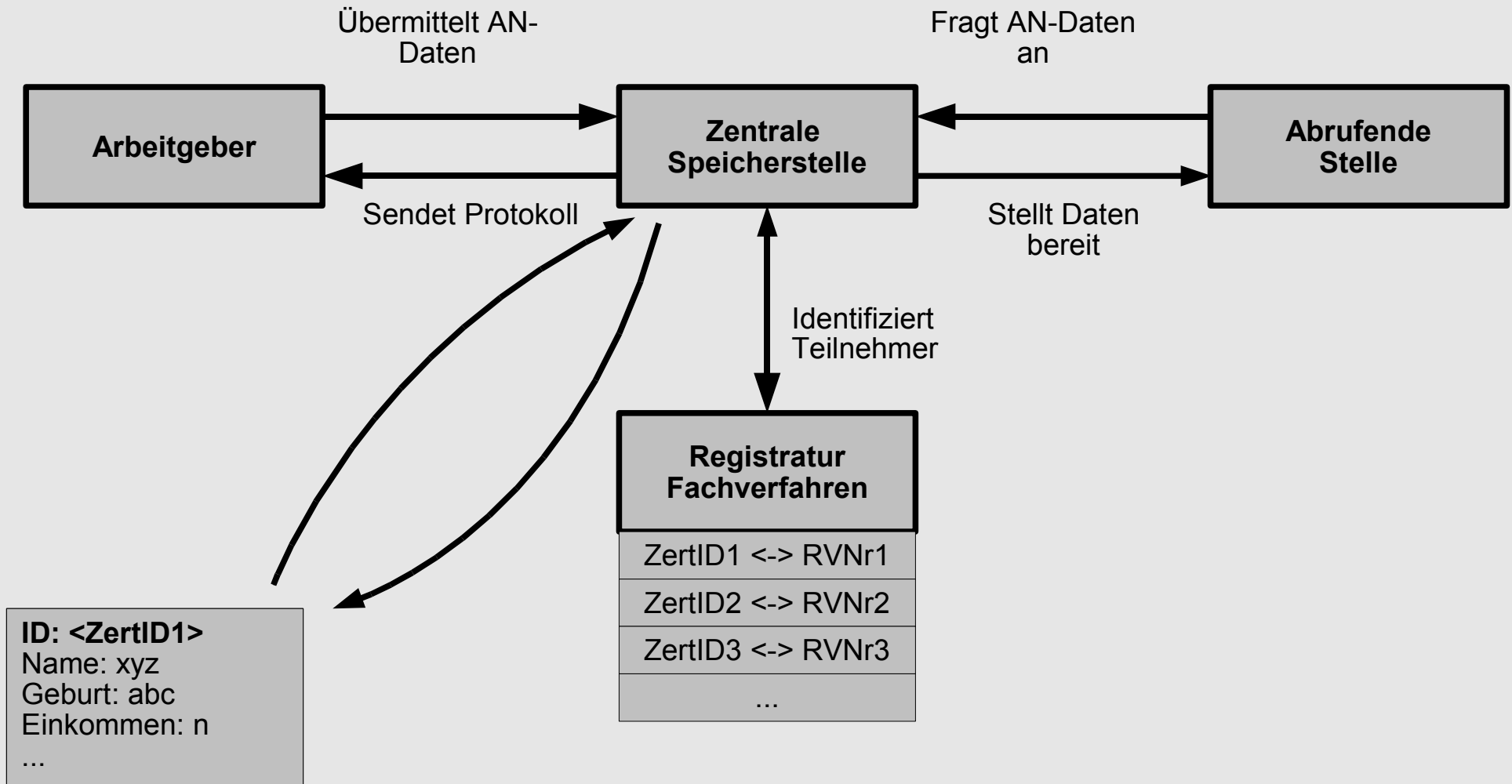
Schritt 1: Anmeldung/Registrierung



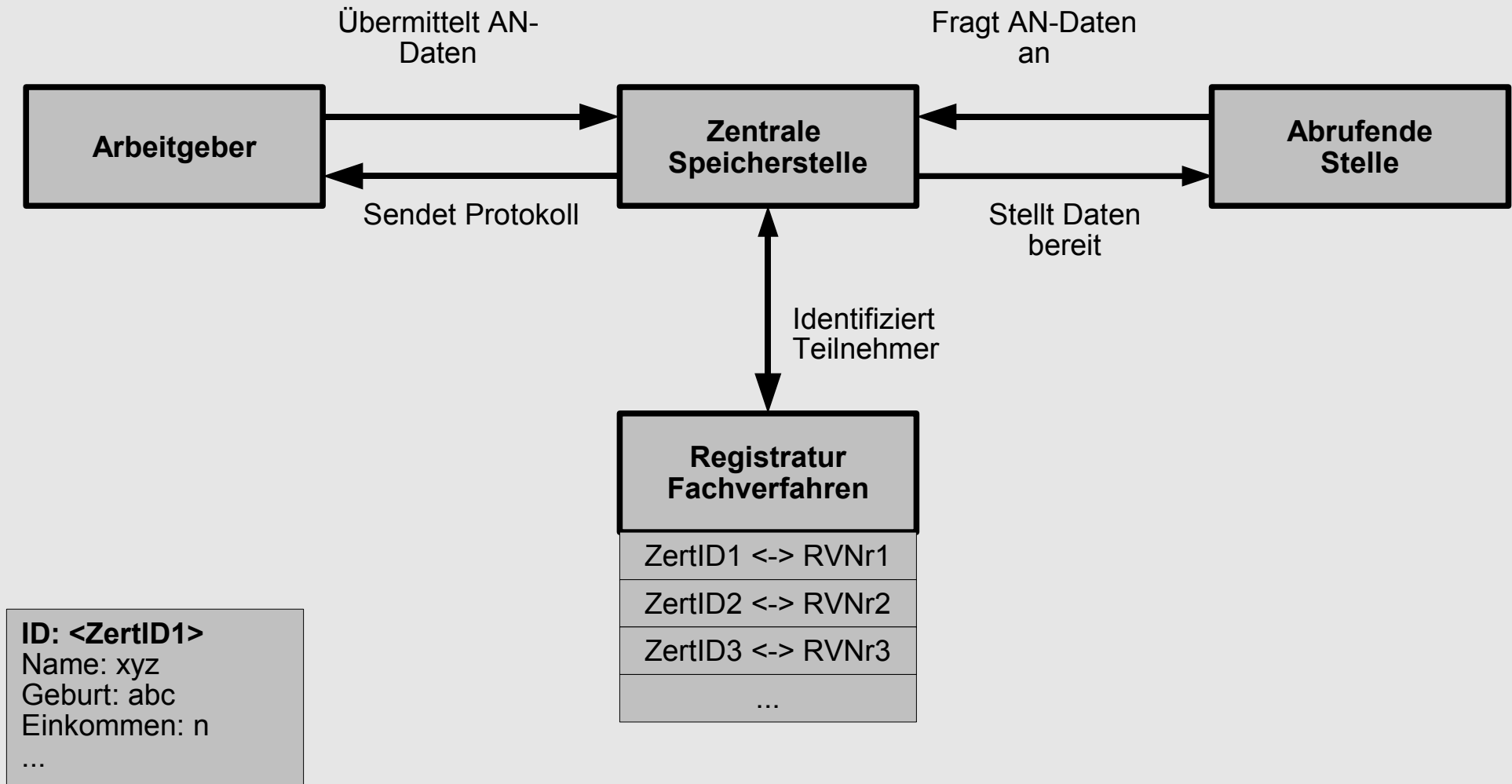
Schritt 2: Übersendung von Daten



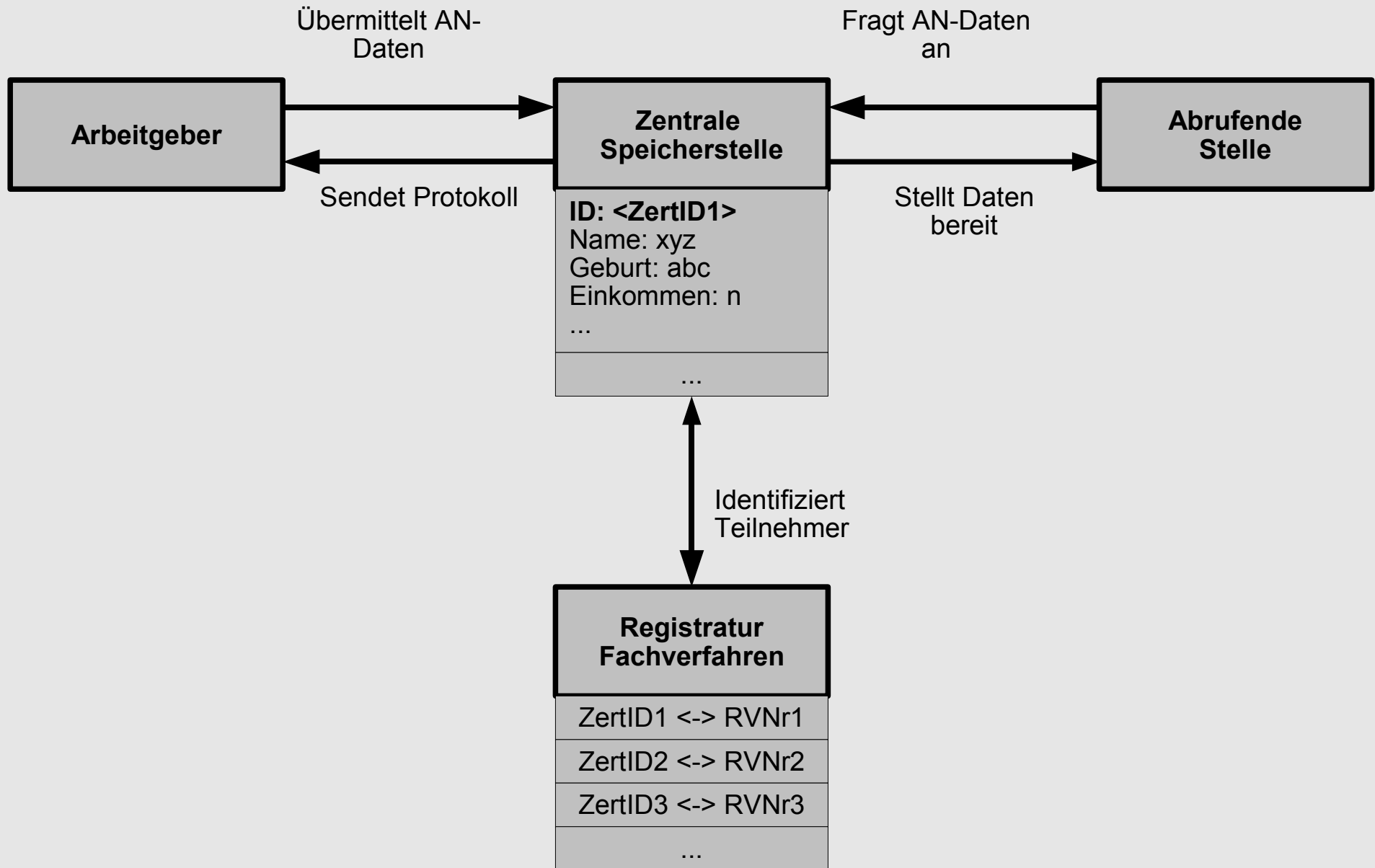
Schritt 3: Identifikation



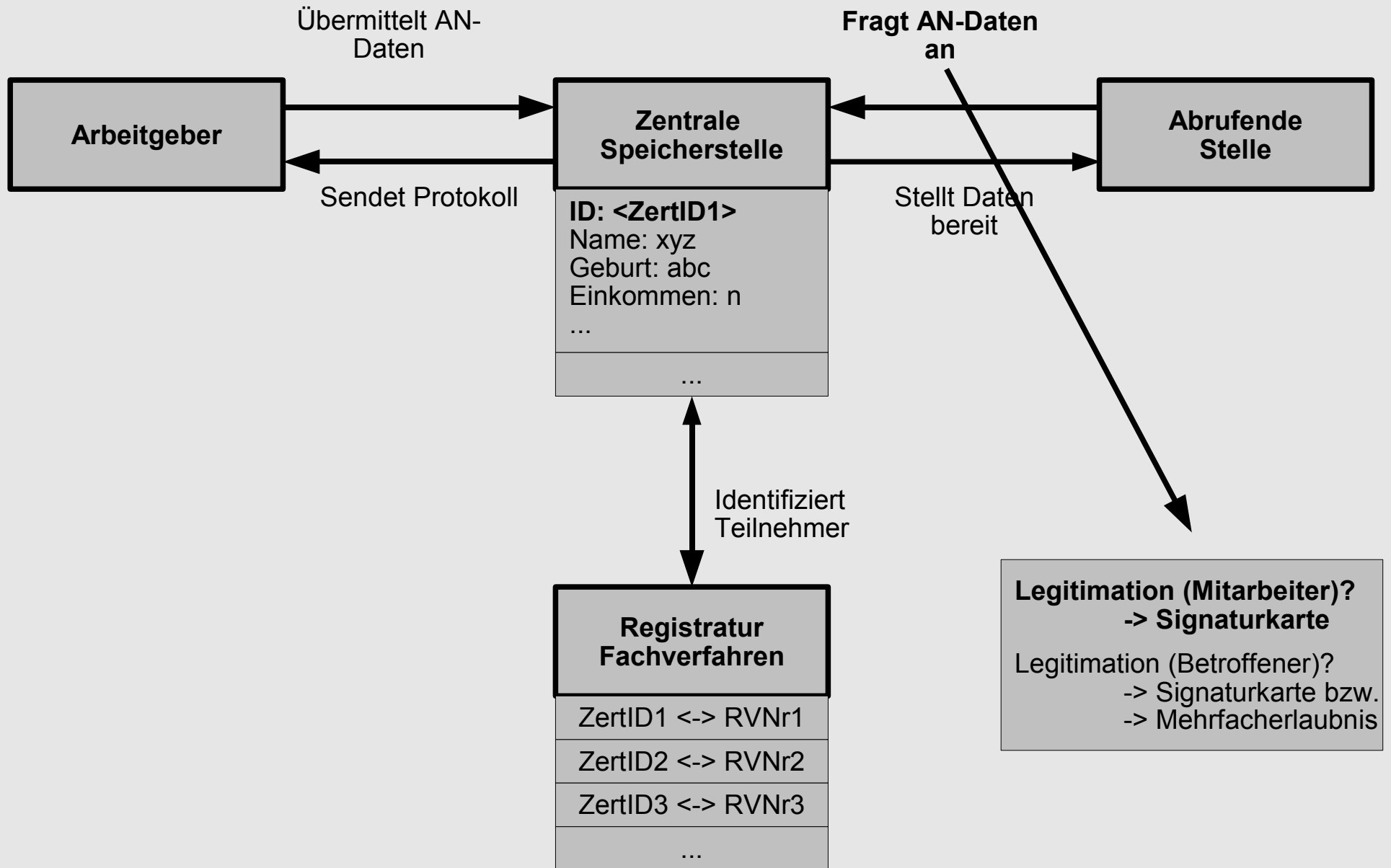
Schritt 4: Speicherung



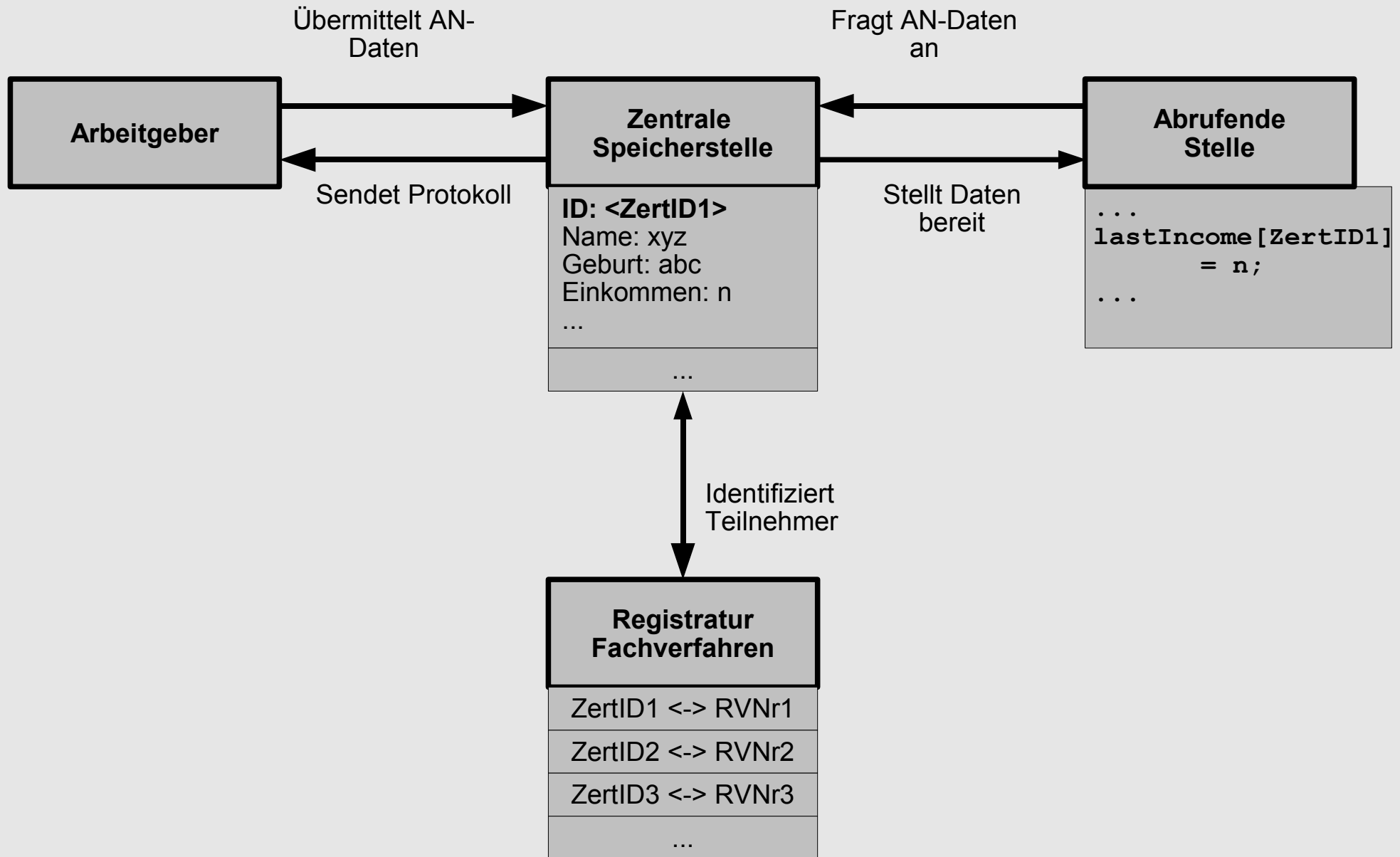
Schritt 4: Speicherung



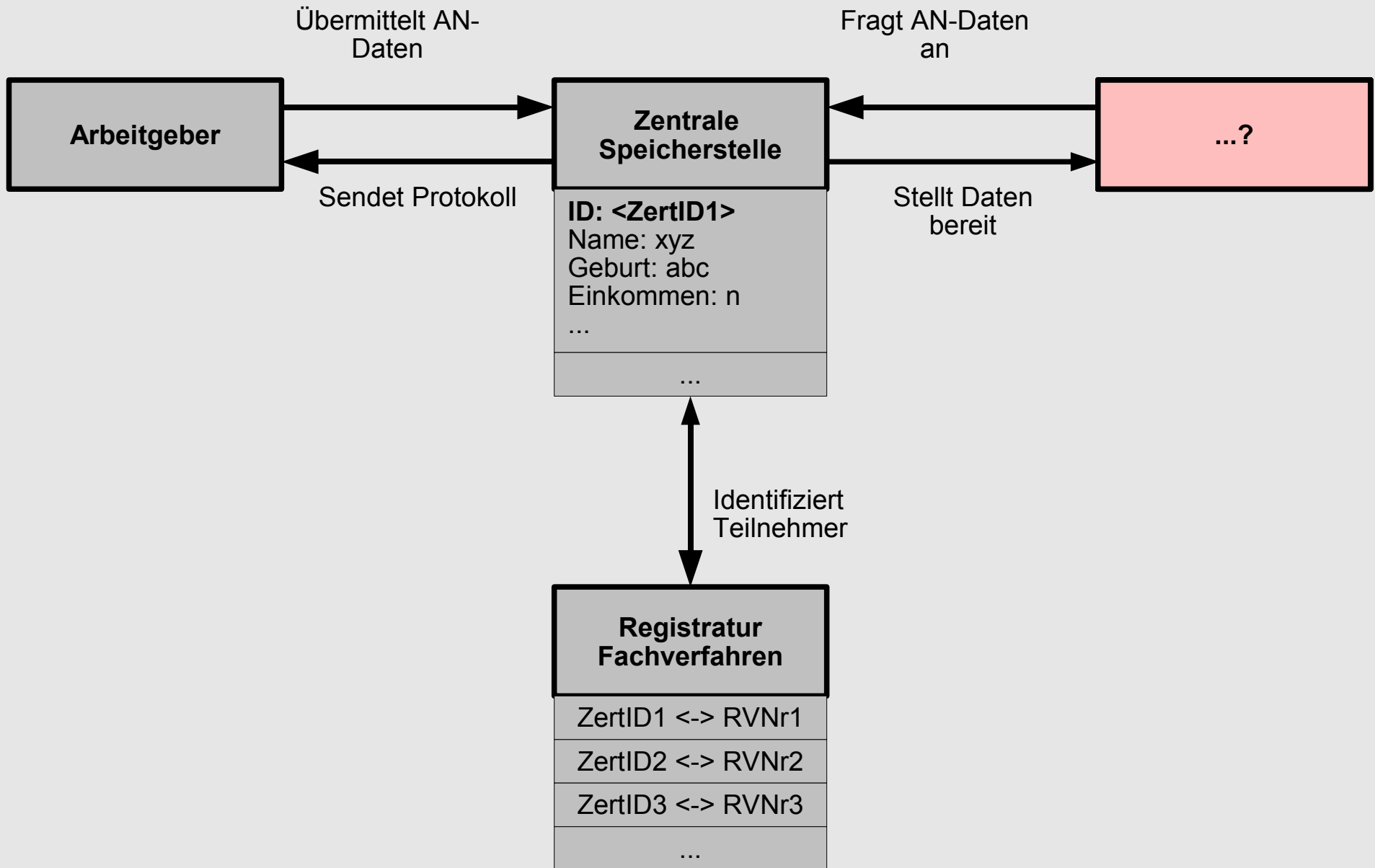
Schritt 5: Datenabruf



Schritt 6: Datenverwendung



„Abrufende Stelle“



Zwischenfazit

- Zentrale Speicherung von Einkommensdaten
- Abruf durch unterschiedliche Stellen / in unterschiedlichen Kontexten
- Bürgeridentifikation durch Zertifikats-ID

"[...] soll eine der größten Datensammlungen mit personenbezogenen Daten in Deutschland entstehen und ist auch deshalb von besonderer datenschutzrechtlicher Brisanz."

BfDI, Tätigkeitsbericht 2005-2006, S. 48

Agenda

<Einführung>

Frank Pallas (TU Berlin)

Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA) und JobCard – Eine Einführung

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Tagung des FB IuG der GI e.V.

„Kontrolle durch Transparenz – Transparenz durch
Kontrolle“

Workshop 4: Von der Payback- zur Job-Card

– Pause –

Berlin-Adlershof, 28. April 2007

Agenda

<Einführung>

Frank Pallas (TU Berlin)

Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA) und JobCard – Eine Einführung

Dr. Thilo Weichert (ULD-SH):

Identitätskarten und Datenschutz – Ein Widerspruch?

<ca. 11:30-12:00 Uhr: Pause>

Diskussion offener Fragestellungen

Formulierung von Empfehlungen für die Positionierung der GI

<ca. 13:30 Uhr: Ende>

Tagung des FB IuG der GI e.V.

„Kontrolle durch Transparenz – Transparenz durch
Kontrolle“

– Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA) –

Offene Fragen und (provokante) Gedanken eines Informatikers

Frank Pallas

Technische Universität Berlin

Berlin-Adlershof, 28. April 2007

Offene Fragen - Grundlegendes

- Vorgehensweise bei Kartenverlust
 - Dauer für Ersatzausstellung?
 - Alternativer Bearbeitungsweg ohne Karte?
- Tatsächliches Einsparpotential
 - Einsparungen wirklich zu erwarten?
 - Wer trägt Kosten für Zertifikate?
 - Weitere Kosten (vgl. eGK)?

Offene Fragen – zentrale Speicherg.

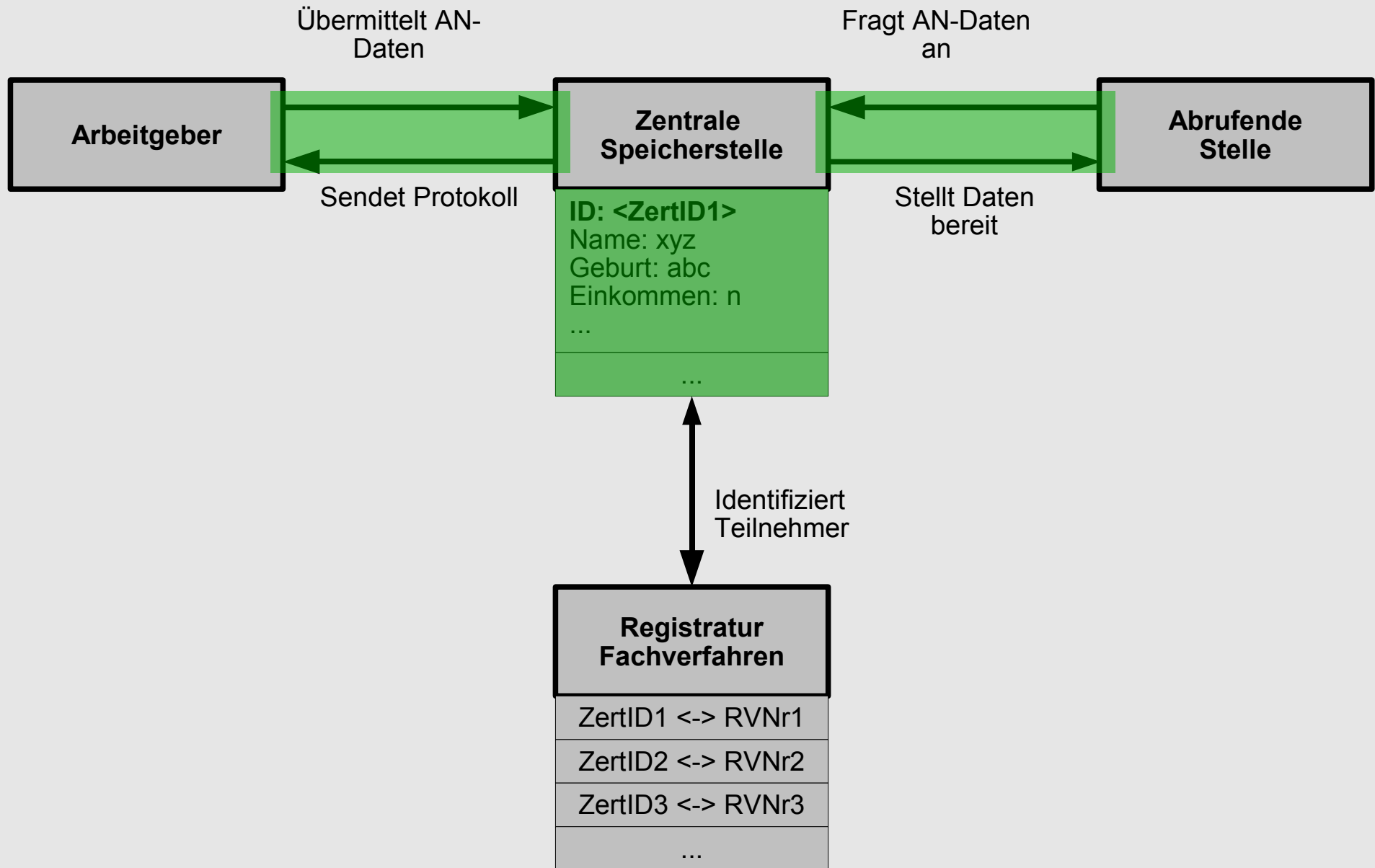
- Zentrale Speicherung durch Einsparungen zu rechtfertigen?
- Alternativen?

~34 Mio. Betroffene x 12 Monate: ~408 Mio Datensätze/Jahr
Angenommene Entlastung Arbeitgeber: ~200 Mio Euro/Jahr
Angenommene Entlastung öff. Verwaltung: nicht beziffert

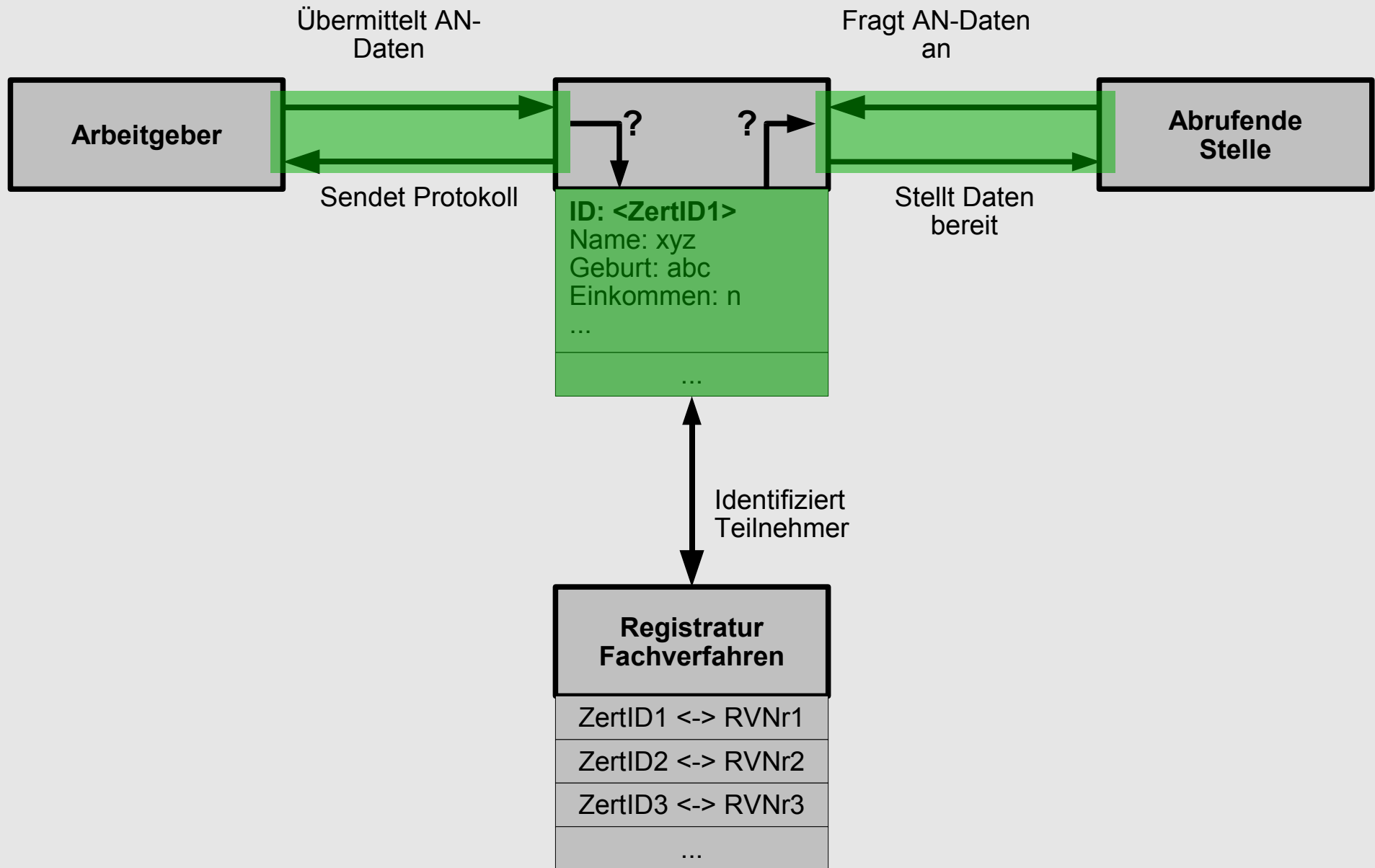
Offene Fragen – Techn. Datenschutz

- Wie soll die Verschlüsselung in der ZSS im Detail geschehen?
 - Rolle/Verwendung des „Masterkeys“?
 - Zugriff auf „Masterkey“?
 - Datenentschlüsselung durch ZSS prinzipiell jederzeit möglich?
- Sind spätere, weitere Zugriffsrechte zu erwarten?
 - Vgl. aktuelle Diskussion um Mautdaten?
 - Auswirkungen auf techn. Datenschutz?

Offene Fragen – Techn. Datenschutz



Offene Fragen – Techn. Datenschutz



Offene Fragen – Techn. Datenschutz

- ABMG (Maut-Gesetz), §7, Abs. 2:
„Diese Daten dürfen ausschließlich zum Zweck der Überwachung der Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes verarbeitet und genutzt werden. Eine Übermittlung, Nutzung oder Beschlagnahme dieser Daten nach anderen Rechtsvorschriften ist unzulässig.“

Offene Fragen - Nummerierung

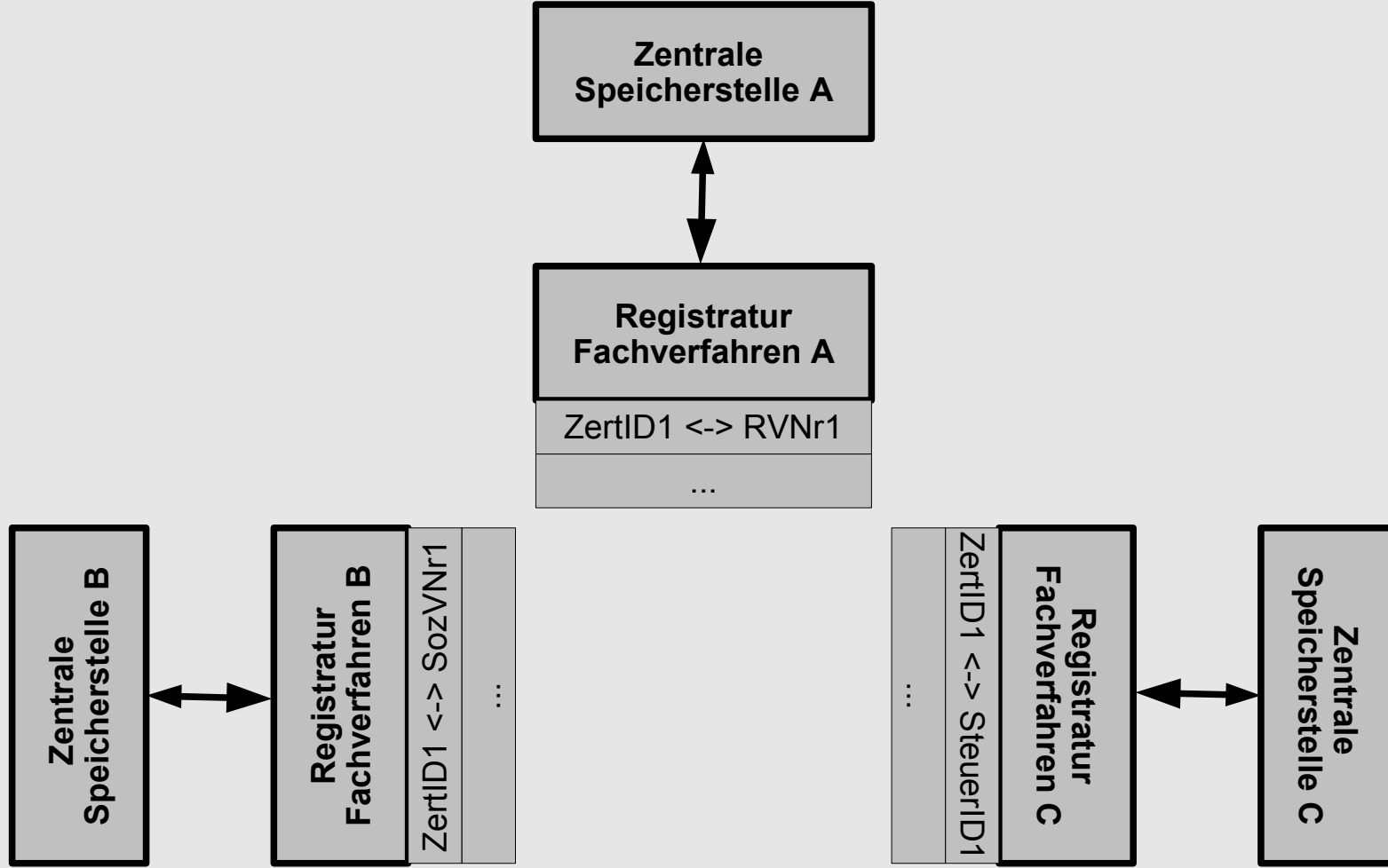
- Verknüpfung von Ordnungsmerkmalen
 - Wie zu bewerten?
 - RV-Nummer weiterhin bereichsspezifisches Merkmal?
- Zusammenhang mit anderen Ordnungsmerkmalen
 - Steueridentifikationsnummer?
 - Krankenversichertennummer?
 - Ausweisnummer?
 - ...

Mögliche Konflikte

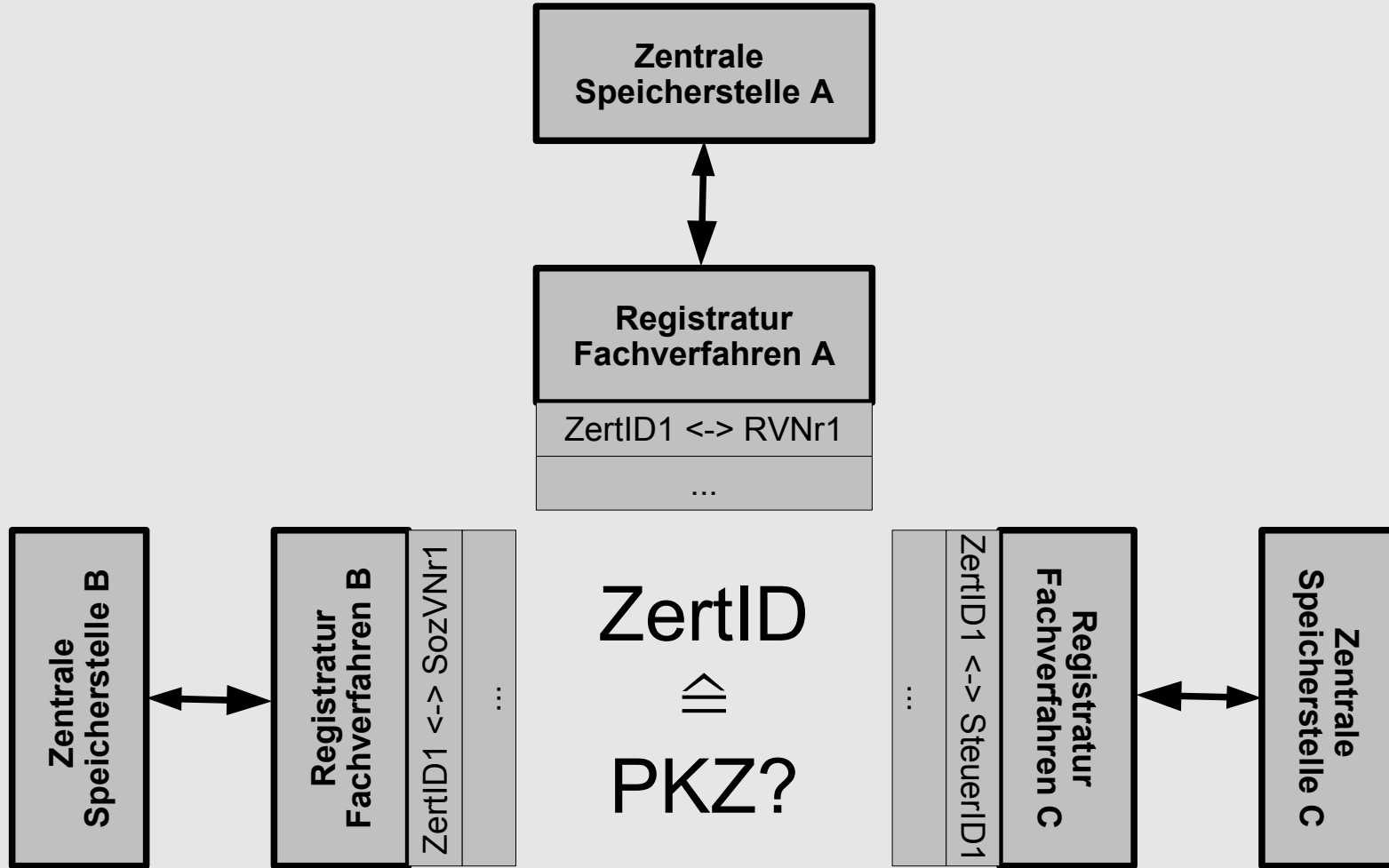
- Hartz-Bericht, S. 131:
„In diesem Zusammenhang ist die Einführung einer einheitlichen Versicherungsnummer aller Sozialversicherungsträger sinnvoll.“
- Abgabenordnung, §§ 139a, 139b:
„Das Bundeszentralamt für Steuern teilt jedem Steuerpflichtigen [...] ein einheitliches und dauerhaftes Merkmal (Identifikationsmerkmal) zu“

„Andere öffentliche oder nicht öffentliche Stellen dürfen [...] die Identifikationsnummer nur erheben oder verwenden, soweit [...] oder eine Rechtsvorschrift die Erhebung oder Verwendung der Identifikationsnummer ausdrücklich erlaubt oder anordnet [...]“

Offene Fragen - Nummerierung



Offene Fragen - Zertifikats-ID



Offene Fragen - Zertifikats-ID

- Einsatz auch in anderen Bereichen zu erwarten?
- Übergreifendes Ordnungsmerkmal?
- Was soll Gesetzgeber tun?
 - Entwicklung entgegenwirken?
 - Nur nicht bewusst selbst einführen?
 - Unterscheidung zw. „Einführung“ und „Existenz“ bereichsübergreifender Nummern?
- Zukünftige Haltung ggü. einheitlichen Ordnungsmerkmalen?
 - Ablehnung noch zeitgemäß?